

Klubobmann Mag. Armin Sippel, MPA
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 15. Jänner 2020

Betreff: Mehr Sicherheit und bessere Integration für Graz - Petition an die
Bundesregierung
Dringlicher Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Auch Graz hat in jüngster Vergangenheit die Auswirkungen der Zuwanderungspolitik der letzten Jahre zu spüren bekommen. Eine Grazer Tageszeitung berichtete unlängst über den Anteil von Schülern mit einer anderen Muttersprache als Deutsch in den Grazer Volksschulen, der bereits über 50 Prozent liegt. An einer Grazer Volksschule sind überhaupt keine Kinder mit Deutsch als Muttersprache eingeschrieben. Ebenfalls ist festzuhalten, dass es immer mehr Kinder mit islamischen Religionsbekenntnis an den Grazer Pflichtschulen gibt. Nicht zuletzt haben die Dschihadisten-Prozesse in Graz gezeigt, dass radikal-islamische Haltungen in Österreich vermehrt verbreitet werden und auch Anklang finden. Laut Verfassungsschützer sind rund die Hälfte der 20 muslimischen Gebetshäuser in Graz als problematisch einzustufen. Es besteht akuter Handlungsbedarf.

Im Regierungsprogramm 2020 – 2024 „Aus Verantwortung für Österreich“ bekennt sich die neue türkis-grüne Bundesregierung in den Kapiteln Integration und Bildung sowie Asyl zu folgenden Punkten, die das Potential haben, oben genannte Probleme zu lösen:

- Ausweitung des bestehenden Kopftuchverbots auf Schülerinnen bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (Erreichen der Religionsmündigkeit)
- Einführung eines zusätzlichen, verfassungskonformen Hafttatbestands (Sicherungshaft zum Schutz der Allgemeinheit)
- Weiterentwicklung und Ausbau der bestehenden Rückkehrberatungseinrichtungen zu Rückkehrverfahrenszentren

- Maßnahmen setzen, um das Untertauchen von Asylwerberinnen und Asylwerbern mit rechtskräftig negativem Bescheid zu verhindern.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz begrüßt ausdrücklich diese von der neuen türkis-grünen Bundesregierung gesetzten Vorhaben. Der Bundesgesetzgeber wird am Petitionswege ersucht, die im Motivenbericht angeführten Schutzmaßnahmen für Mädchen bis zum 14. Lebensjahr sowie die Sicherungshaft zum Schutz der Allgemeinheit und die Unterbringung von Asylwerbern mit rechtskräftig negativem Bescheid in Rückkehrverfahrenszentren schnellstmöglich umzusetzen und bei allen Maßnahmen die Stadt Graz besonders im Fokus zu haben.